Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 53 (1973-1974)
Heft: 3

Artikel: Stabiles Skandinavien in einer turbulenten Welt?
Autor: Haagerup, Niels J.
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-162850

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 15.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

NIELS J. HAAGERUP

Stabiles Skandinavien in einer turbulenten Welt?

Kein geschlossener Block im Norden

Die drei skandinavischen Länder Dänemark, Norwegen und Schweden oder alle fünf nordischen Staaten (die genannten plus Finnland und Island) werden von der übrigen Welt oft als «regionaler Block» im politischen, kulturellen und auch wirtschaftlichen Sinn aufgefasst. Wenn einzelne Vertreter der nordischen Länder für ihre Regierungen sprechen – zum Beispiel in den Vereinten Nationen –, so sind sie sich selten uneinig, vielmehr haben sie die Tendenz, ihre Stimmen gemeinsam abzugeben und die gleichen Vorhaben zu unterstützen.

Abgesehen vom winzigen Island – winzig in bezug auf seine Einwohnerzahl (200000) – unterscheiden sich die nordischen Länder, was Einwohnerzahl und Bruttosozialprodukt betrifft, nicht stark voneinander, wenn auch Schweden (8 Millionen Einwohner) manchmal wegen seiner wirtschaftlichen Stärke, seiner grossen Industrie und relativ starken Verteidigung als «mittlere Macht» bezeichnet wird, wogegen Dänemark (5 Millionen Einwohner), Finnland (4,7 Millionen) und Norwegen (3,9 Millionen) immer zu den kleinen europäischen Ländern zählen.

Während sich indessen die europäische Staatsstruktur ändert, besonders im Hinblick auf die expandierende Zusammenarbeit in der EWG, sind die nordischen Staaten in der Tat weit entfernt vom Bild der Einheit und des Zusammenhaltes, das man sich in der übrigen Welt von ihnen macht. Drei der fünf nordischen Länder sind NATO-Mitglieder und nur eines ist bis jetzt EWG-Mitglied. Die Aussicht auf eine echte nordische Einheit im politischen und wirtschaftlichen Sinn ist sogar noch nie so düster gewesen wie heute, und dies trotz der mannigfaltigen Kooperation, die im heutigen Skandinavien tatsächlich verwirklicht ist. Norwegen wird später der EWG beitreten oder auch nicht. Aber die Färöer-Inseln, welche verfassungsmässig zu Dänemark gehören, jedoch einen separaten Status haben, können beschliessen, Dänemark nicht in die EWG zu folgen. Sogar Grönland, das zu Dänemark gehört und deshalb auch in der EWG ist, kann zum Problem werden, da die meisten Grönländer im Oktober letzten Jahres gegen die EWG stimmten und für Grönland ein Status wie derjenige der Färöer-Inseln eines Tages Wirklichkeit werden könnte. Die Insel Åland hat einen Sonderstatus, und bei offiziellen zwischenstaatlichen Begegnungen werden sieben Flaggen gehisst (einschliesslich derjenigen der Färöer-Inseln und von Åland).

Ist die nordische Einheit nur ein Mythos? Die Antwort ist ein bedingtes Ja. Wiederholte Versuche, aus dem verbreiteten Gefühl nordischer Gemeinsamkeit eine politische und wirtschaftliche Realität zu machen, haben immer mit Enttäuschungen und völligen Fehlschlägen geendet.

Verteidigung

Die bedeutendsten Versuche wurden 1948/49 unternommen, als die drei skandinavischen Länder Dänemark, Norwegen und Schweden angesichts des Ausbruchs des Kalten Krieges versuchten, ein nordisches Verteidigungsbündnis zu gründen.

Schweden als stärkstes der drei Länder übernahm die Initiative, aber es sah ein skandinavisches Verteidigungsbündnis als eine Ausweitung der traditionellen schwedischen Neutralität, welche Schweden während des Zweiten Weltkrieges aufrechterhalten konnte, allerdings nicht ohne gewisse Konzessionen an die Kriegführenden.

Norwegen war nicht gewillt, sich von den Ländern zu isolieren, mit denen es während des Krieges verbündet war, obwohl es nicht auf der direkten Mitgliedschaft einer skandinavischen Verteidigungsgemeinschaft in der NATO bestand. Die norwegischen und schwedischen Standpunkte konnten einander nicht nähergebracht werden. Nach dem Zusammenbruch der Verhandlungen anfangs 1949 fragte Dänemark Schweden, ob ein bilateraler Verteidigungsvertrag zwischen den beiden Ländern möglich wäre. Die Antwort war erwartungsgemäss negativ, worauf Dänemark sich in den Schlussverhandlungen über die NATO Norwegen anschloss.

Erneute Versuche, eine skandinavische Verteidigungsgemeinschaft zu gründen, wurden nicht unternommen und werden wahrscheinlich auch in Zukunft nicht erfolgen. Dänemark und Norwegen gedenken die NATO nicht zu verlassen, Schweden anderseits ist von einem Beitritt so weit entfernt wie eh und je. Proteste gegen eine weiterdauernde NATO-Mitgliedschaft werden sicherlich in Dänemark und Norwegen (wie auch in Island) laut, aber die Stärke dieser Opposition ist nicht sehr überzeugend. Die letzte dänische Meinungsumfrage (November 1972) ergab 45% zugunsten der weiterdauernden NATO-Mitgliedschaft, 18% Gegenstimmen und 37% ohne Meinung. Eine kürzlich durchgeführte norwegische Meinungsumfrage zeigte eine stärkere und zunehmende norwegische Unterstützung der NATO-Mitgliedschaft. Der (provisorische?) Entschluss, der EWG nicht beizutreten, ist mit andern Worten nicht Ausdruck einer Anti-NATO-Haltung. Es gab immer mehr «Meinungslose» in Dänemark als in Norwegen, aber die dänische Opposition, wenn sie auch oft lautstark war, hat kaum je 20% erreicht und lag oft bei 15% und darunter.

Ein umfassender, 1970 veröffentlichter Überblick über die dänische Sicherheitspolitik (der sogenannte Seidenfaden-Report) machte es nicht möglich, eine Alternative zur weiterdauernden NATO-Mitgliedschaft aufzuweisen. Ein im Februar 1973 erschienener Bericht über die dänische Sicherheitspolitik, verfasst von einer sozialdemokratischen Arbeitsgruppe unter Mitarbeit des jugendlichen dänischen Verteidigungsministers Kjeld Olesen, übte starke Kritik an den USA und sah in der europäischen politischen Zusammenarbeit hauptsächlich ein Mittel, um die amerikanische «Vorherrschaft in Europa» zu reduzieren. Aber sogar dieser Bericht, der vom linken Flügel der sozialdemokratischen Partei beeinflusst war, schloss mit der Aussage, dass zurzeit keine Alternative bestünde zur fortgesetzten NATO-Mitgliedschaft.

Beim letzten sozialdemokratischen Parteikongress äusserten sich beinahe drei Viertel der Delegierten zugunsten der NATO, und der diesjährige Kongress wird kaum zu anderen Resultaten führen. Die politische Unterstützung der NATO im dänischen Folketing übersteigt 75%; sie ist ebenso stark im norwegischen Storting und wird auch nach den diesjährigen Wahlen im Herbst kaum abnehmen.

Wirtschaft

Eine nordische Verteidigungsgemeinschaft wird deshalb nicht in Frage kommen, solange die NATO existiert. Aber schon zweimal seit dem Misslingen der Verteidigungsgespräche sind Versuche zur Bildung eines geschlosseneren skandinavischen Wirtschaftsblocks unternommen worden.

Eine Zollunion war in den späten fünfziger Jahren geplant worden, aber sie wurde nie verwirklicht und durch die Gründung der EFTA überholt. Der Handel zwischen den nordischen Ländern nahm während der EFTA-Periode erheblich zu, wobei Schweden Dänemarks bedeutendster Handelspartner war.

Dänemark war nach wie vor bestrebt, einen europäischen Markt zu gründen, welcher die beiden grössten Abnehmer dänischer Agrarprodukte einschliessen würde, nämlich das Vereinigte Königreich und die Bundesrepublik Deutschland. Dänemark folgte 1961 dem britischen Beispiel (Norwegen 1962) und bewarb sich um die Vollmitgliedschaft bei der EWG, allerdings unter der Bedingung, dass auch das Vereinigte Königreich Mitglied würde. Hinter dieser Bedingung standen wirtschaftliche und politische Gründe. Ein Vorstoss Präsident de Gaulles, Dänemark zum Beitritt zur EWG einzuladen, wurde folgerichtig abgewiesen.

Nach dem zweiten französischen Veto 1967 und angesichts der günstigen

innenpolitischen Umstände ergriff Dänemark 1968 die Initiative, mit Norwegen, Schweden – und Finnland eine nordische Wirtschaftsgemeinschaft zu gründen. Man war der Auffassung, dass eine Ausweitung des Gemeinsamen Marktes zurückgestellt werden müsste bis zur Zeit nach dem zu erwartenden Rücktritt Präsident de Gaulles im Zusammenhang mit der 1973 in Frankreich vorgesehenen Präsidentschaftswahl. Die zu gewärtigende Wartezeit sollte dazu verwendet werden, die Bemühungen der nordischen Länder zu koordinieren und diese möglicherweise zu einer Wirtschaftsgemeinschaft zusammenzubringen.

Dies war der sogenannte Nordek-Plan, welcher während der Verhandlungen seine eigene Dynamik entwickelte. Er forderte starke politische Unterstützung durch alle nordischen Länder zur Erreichung einer engeren nordischen Zusammenarbeit. Aber den praktischen Schwierigkeiten wurde nicht genügend Rechnung getragen. Trotz des beachtlichen Aufschwungs des inter-nordischen Handels während der sechziger Jahre stellen die vier Länder nicht eigentliche natürliche gegenseitige Absatzmärkte für ihre wichtigsten Exportgüter dar. Die Norweger und Schweden können nur einen kleinen Teil von Dänemarks zahlreichen landwirtschaftlichen Exportgütern kaufen (heute nur einen Drittel der Gesamtexporte), und Norwegen kann seine Fischereiprodukte nur in unbedeutendem Mass an die andern nordischen Staaten verkaufen; schwedisches Eisenerz und Papier aus Schweden und Finnland müssen in erster Linie ausserhalb von Skandinavien verkauft werden. Wie es während der EWG-Debatte 1972 von einem prominenten dänischen Wirtschaftsfachmann, dem früheren Generalsekretär der OECD, Thorkil Kristensen, dargelegt wurde, bilden die nordischen Länder eine kulturelle, nicht aber eine wirtschaftliche oder politische Gemeinschaft.

Dem Nordek-Plan war kein Erfolg beschieden, hauptsächlich deshalb, weil er wiederum von den europäischen Ereignissen überholt wurde (Tod de Gaulles, Wiedereröffnung der Gespräche zur Vergrösserung des Gemeinsamen Marktes). Endgültig begraben wurde er aber, als ihm die Finnen angesichts der Wahrscheinlichkeit eines Beitritts Dänemarks und Norwegens zur EWG ihre weitere Gefolgschaft verweigerten.

Wie später noch ausgeführt werden soll, spielte die finnisch-sowjetische Beziehung in diesen Nordek-Debatten eine Rolle. Das Überraschende daran war nicht, dass Finnland beim Nordek-Unternehmen nicht mehr mitmachen konnte, sondern dass die finnischen Unterhändler auf der Teilnahme am Projekt bis zum Abschluss der Verhandlungen anfangs 1970 bestanden. Und als die Finnen den Nordek-Plan verworfen hatten, war es nicht mehr möglich, ihn in einen «Skandek» zu verwandeln, der nur noch Schweden, Norwegen und Dänemark umfasst hätte. Einmal mehr hatte sich ein hochgestecktes nordisches Vorhaben als unrealistisch erwiesen.

Der Nordische Rat

Der Misserfolg der Verteidigungsgespräche Ende der vierziger Jahre führte zur Einrichtung des Nordischen Rates, einer Behörde, die die nordische Zusammenarbeit auf andern, weniger bedeutenden Gebieten fördern sollte. Ähnlich hat der Misserfolg des Nordek-Plans zwanzig Jahre später zu erneuten Anstrengungen zur Festigung nordischer Zusammenarbeit geführt, deren Umriss im Aktionsprogramm des Nordischen Rates 1972 enthalten war.

Dieses Programm umfasst konkrete, kollektiv zu finanzierende Massnahmen für regionale Entwicklungsvorhaben und vermehrte gemeinsame Planungsmethoden. Auf dem Gebiet des Umweltschutzes wird für die Gesamtheit der nordischen Staaten ein ausführliches Abkommen ausgearbeitet, und eine Nordische Behörde wird einheitliche Bestimmungen über das Gesundheitswesen und Sicherheitsmassnahmen in den Fabriken erarbeiten. Auf dem Gebiet der Gesetzgebung hat die Zusammenarbeit der nordischen Länder eine lange Tradition, welche der grossen Anzahl Menschen zukommt, die sich den freien Arbeitsmarkt in Skandinavien zunutze machen. Das Aktionsprogramm umfasst neue Gebiete, auf denen gemeinsame Massnahmen getroffen werden sollen.

Die kulturelle Zusammenarbeit ist besonders fortgeschritten und wird weiter ausgebaut; neue gemeinsame nordische Institutionen und Komitees werden gebildet. Es besteht allerdings die Tendenz, dass jede der drei skandinavischen Sprachen in der Entwicklung eigene Wege geht. Während die Norweger normalerweise Schwedisch und Dänisch verstehen, haben die letzteren mehr Schwierigkeiten in der gegenseitigen Verständigung. Schwedische Fernsehprogramme (welche in den östlichen Teilen Dänemarks empfangen werden) sind mit dänischen Untertiteln versehen und umgekehrt.

Das Aktionsprogramm erarbeitet auch detaillierte Pläne für eine vermehrte Kooperation auf sozialem Gebiet und in einigen Wirtschaftssektoren. Die Zusammenarbeit auf dem Transportsektor soll weiter gefördert werden. Die nordischen Länder arbeiten auch in einer Anzahl gemeinsamer überseeischer Entwicklungsprogramme zusammen. Die Bildung eines Nordischen Ministerrates und die Errichtung eines Nordischen Sekretariats mit Sitz in Oslo bestätigen die Bedeutung, welche von allen fünf nordischen Ländern der Ausweitung ihrer gegenseitigen Zusammenarbeit beigemessen wird.

«Nordisches Gleichgewicht»

Auch auf aussenpolitischem Gebiet funktioniert die nordische Zusammenarbeit, und Regierungsvertreter Dänemarks und Norwegens pflegen einen be-

sonders regen Kontakt untereinander. Die fünf Aussenminister der nordischen Länder treffen sich regelmässig und äussern ihre Ansichten über die Weltlage in ausführlichen Communiqués. Allerdings drücken diese Communiqués oft mehr Hoffnungen und Erwartungen als gemeinsame Entschlüsse aus. Im letzten Communiqué nach dem Frühjahrstreffen 1973 wurde immerhin festgehalten, dass die nordischen Staaten allen andern Ländern empfehlen sollten, diplomatische Beziehungen mit den beiden koreanischen Staaten aufzunehmen. Schweden und Finnland anerkannten daraufhin sofort Nordkorea; Dänemark und Norwegen kündigten an, dass sie sich diesem Vorgehen anschliessen würden.

Hierbei hatte Schweden die Führung übernommen, und dies war nicht das einzige Beispiel. Es wäre wohl zuviel gesagt, dass Dänemark als einziges nordisches EWG-Mitglied hin- und hergerissen würde zwischen nordischer Solidarität und den Versuchen, die Aussenpolitik der neun EWG-Staaten aufeinander abzustimmen. Aber Dänemark hat von Anfang an eine ziemlich reservierte Haltung gegenüber den Plänen und Wünschen für eine gemeinsame europäische Aussenpolitik eingenommen, und offizielle Regierungssprecher Dänemarks betonen eher die rein konsultative Natur der politischen Gespräche zwischen den EWG-Aussenministern und ihren Vertretern. Angesichts des dänischen Interesses, ein verstärktes gesamteuropäisches Vorgehen zum Beispiel in Währungsfragen zu erzielen, kann sich diese Haltung allmählich ändern. Es ist bemerkenswert, dass sich nach der letzten Währungskrise anfangs 1973 sowohl Norwegen als auch Schweden zusammen mit Dänemark der Mehrheit der EWG-Länder im «Floating» gegen den Dollar anschlossen.

Während deshalb die letzten zwanzig bis dreissig Jahre den Eindruck erwecken, dass sich die nordischen Staaten auf strategischem und wirtschaftlichem Gebiet auseinanderentwickeln, so trifft es dennoch zu, dass eine gewisse gegenseitige Abhängigkeit auf strategischem Gebiet zur nordischen Szenerie gehört. Diese Interdependenz, manchmal als «nordisches Gleichgewicht» bezeichnet, wird sich in nächster Zukunft kaum ändern, da es sich hierbei um einen Bestandteil der gesamteuropäischen Szenerie handelt.

Die Elemente dieses nordischen Gleichgewichtes sind: 1. NATO-Mitgliedschaft Dänemarks und Norwegens und die Einschränkungen, welche die Mitgliedschaft dieser beiden Länder kennzeichnen (keine ausländischen Basen und keine Kernwaffen in Friedenszeiten); ferner 2. die schwedische Politik des Non-Alignment (Non-Alignment bedeutet gemäss offizieller schwedischer Interpretation Neutralität im Kriegsfall) und 3. die finnische Neutralität, welche weitgehend auf dem im Frühstadium des Kalten Krieges 1948 abgeschlossenen und bis 1990 verlängerten finnisch-sowjetischen

Freundschafts-, Zusammenarbeits- und gegenseitigen Hilfeleistungsvertrag gründet.

Wenn sich eines dieser Elemente ändern sollte, werden andere Änderungen mit grosser Wahrscheinlichkeit folgen. Sowjetischer Druck gegen Finnland könnte eine Revision der dänischen und norwegischen Basen-Politik oder sogar der schwedischen Position des Non-Alignment zur Folge haben, wenn solche Änderungen auch eher hypothetischen als Realitätscharakter haben.

Die strategische Interdependenz wurde jedoch während der sogenannten «Notenkrise» 1961 verdeutlicht, als die Sowjetunion aufgrund des Freundschaftsvertrages mit Finnland militärische Konsultationen verlangte, dies auf dem Hintergrund des kurz zuvor errichteten baltischen NATO-Kommandos unter dänischem Kommando, wobei aber Norddeutschland (Schleswig-Holstein und die deutsche Marine) an dem neuen Kommando beteiligt waren. Die Finnen überzeugten die Russen, dass solche Militärkonsultationen die Dinge nur verschlimmern würden, und die Russen liessen davon ab, wenn auch nicht ohne die Haltung aller drei skandinavischen Staaten scharf zu kritisieren.

Der grosse Nachbar: Sowjetunion

Heute betrachten die sowjetischen Führer die Situation in Nordeuropa anders. Im Zusammenhang mit Ministerpräsident Kossygins kürzlichem Besuch in Schweden und Präsident Podgornys Besuch in Helsinki (letzterer zur Feier des 25jährigen Bestehens des finnisch-sowjetischen Paktes) schrieb ein sowjetischer Kommentator der APN Agentur Novosty über die Situation in Nordeuropa, dass das Baltikum und Nordeuropa sich nach und nach zu einem der stabilsten und ruhigsten Gebiete in ganz Europa entwickelt hätten.

Die (sowjetische) Kampagne gegen die NATO-Mitgliedschaft Dänemarks und Norwegens ist nicht vollständig eingestellt worden, sie ist aber nur noch ein schwaches Echo früherer Zeiten. Gegen die dänische (und norwegische) EWG-Mitgliedschaft sind keine scharfen Einwände erhoben worden, wenn auch die unerwartete Weigerung Norwegens, der EWG beizutreten, in Osteuropa mit Erleichterung aufgenommen wurde und sowjetische Pressekommentare über die unglücklichen Auswirkungen der EWG-Mitgliedschaft auf die Wirtschaft Dänemarks nicht unterblieben.

Die Sowjetregierung befürwortet immer noch eine kernwaffenfreie Zone in Nordeuropa (selbstverständlich ohne Einschluss sowjetischer Gebiete) entlang der Linie des sogenannten Kekkonen-Plans; sie wurde von Präsident

Podgorny anlässlich seines Finnlandbesuches im April dieses Jahres als «aktueller denn je» bezeichnet. Aber die Sowjetführer vertreten die Idee nicht mehr mit so viel Nachdruck, wurde sie doch nicht nur von Dänemark und Norwegen, sondern auch von Schweden mit der Begründung zurückgewiesen, dass das Gebiet de facto bereits eine kernwaffenfreie Zone darstelle.

Die Sowjetunion beharrt nach wie vor auf der Vorstellung, dass die Ostsee ein «Meer des Friedens» sei, das auch in Friedenszeiten von der Präsenz jeglicher Kriegsschiffe nicht-baltischer Länder verschont bleiben sollte. Das gelegentliche Aufkreuzen amerikanischer Kriegsschiffe im Baltikum gibt immer Anlass zu kritischen Kommentaren. Obwohl diese sowjetische Ansicht von den beiden skandinavischen Ostsee-Ländern Dänemark und Schweden offiziell ignoriert wird, betrachtet Moskau, wie schon erwähnt, dieses Gebiet als «eines der stabilsten und ruhigsten Europas».

Diese Sicht entspringt zweifellos dem Wunsch, den Status quo zu erhalten. Während jedoch die Sowjetpolitiker die dänische und norwegische NATO-Mitgliedschaft (mit den bereits erwähnten Einschränkungen) und den dänischen (und möglicherweise norwegischen) EWG-Beitritt mit Gleichmut aufnehmen, sind sie hingegen sehr besorgt um die Aufrechterhaltung der schwedischen Neutralität und im besonderen um die finnisch-sowjetische Beziehung im Hinblick auf die expandierende Zusammenarbeit in der EWG. In einem, dem kürzlichen Besuch Ministerpräsident Kossygins in Stockholm folgenden, schwedisch-sowjetischen Communiqué wurde die Bedeutung des weiteren schwedischen Non-Alignment aufs höchste gepriesen und als einen bedeutenden Beitrag zum Frieden und zur Stabilität Nordeuropas bezeichnet. Die positive Entwicklung der schwedisch-sowjetischen Beziehungen (in der Vergangenheit oft ziemlich strapaziert wegen der damals schwierigen finnisch-sowjetischen Beziehung) steht in einem deutlichen Gegensatz zur schwachen Verbindung Schweden–USA, welche nicht einmal vollwertige diplomatische Beziehungen zulässt. Diese kühle Beziehung wurde verursacht durch die wiederholte heftige schwedische Kritik an der amerikanischen Vietnam-Politik, und besonders durch Ministerpräsident Palmes Vergleich der amerikanischen Bombardierungen in Vietnam im Dezember 1972 mit den von den Nazis im Zweiten Weltkrieg verübten Scheusslichkeiten.

Finnland–UdSSR

Entscheidend in bezug auf die sowjetische Stellung zu Nordeuropa ist jedoch die finnisch-sowjetische Beziehung. Diese Tatsache und die starke Persönlichkeit Präsident Kekkonens haben oft dramatische Auswirkungen

auf die finnische Politik gehabt, und zwar auf die Innen- und nicht auf die Aussenpolitik, da die finnische Aussenpolitik ja eine bemerkenswerte Kontinuität aufweist. Aber die internen Anpassungsvorgänge an die finnisch-sowjetische Beziehung als entscheidender Faktor in der finnischen Aussenpolitik, verbunden mit den üblichen Machenschaften in den Parteien, machen die finnische Innenpolitik weit weniger voraussagbar.

Dies konnte während der Nordek-Verhandlungen festgestellt werden, als die finnische Regierung unter dem damaligen Ministerpräsidenten Koivisto in der Befürwortung eines gemeinsamen nordischen Planes weiter ging, als es für die finnisch-sowjetische Freundschaft tragbar war. Das bedeutet nicht, dass die Sowjetunion die finnische Teilnahme am Nordek-Plan einfach verboten hätte. Das sowjetische Missfallen wurde mehr auf indirekte Weise geäussert, indem darauf hingewiesen wurde, dass man in der Sowjetunion etwas gegen «geschlossene Wirtschaftsblöcke» hat. Auch wurde auf gemeinsame Stellungnahmen der finnischen und sowjetischen kommunistischen Parteien hingewiesen, welche am Nordek-Plan Kritik übten.

Die finnische Aussenpolitik wird viel weniger direkt von Moskau diktiert, als dies manche Menschen im Westen annehmen; sie wird aber weitgehend bestimmt von der finnischen Antizipation möglicher sowjetischer Reaktionen und Ansichten.

Die Kontinuität der finnischen Aussenpolitik und die allgemeine Anerkennung der finnischen Neutralität trotz der ausgesprochenen und unausgesprochenen Grenzen, die ihr durch den Freundschaftsvertrag mit der Sowjetunion auferlegt werden, sind der Beweis für den Scharfsinn, mit welchem diese Politik betrieben wird. Aus offensichtlichen Gründen wird die Aussenpolitik nicht durch Parteimachenschaften und interne Gegensätze mitbestimmt, während die Innenpolitik durch aussenpolitische Überlegungen manche Beeinflussung erfährt. In Dänemark, Norwegen und Schweden wird oft das Gegenteil der Fall sein: viele aussenpolitische Erklärungen und auch Aktionen erfolgen auf innenpolitischen Druck und Parteirivalitäten hin. Dies ist wahrscheinlich am meisten in Schweden der Fall, in Norwegen weniger als in Dänemark.

Trotz der fortschreitenden Entspannung in Europa und der befriedigenden Entwicklung der finnisch-sowjetischen Beziehung wollten die Sowjetpolitiker nichts von einer Annäherung Finnlands an die EWG wissen. Natürlich wäre eine finnische EWG-Mitgliedschaft immer ein Ding der Unmöglichkeit gewesen. Aber sogar das finnische EWG-Handelsabkommen, das Mitte 1972 paraphiert wurde, ist bis zum Frühjahr 1973 noch nicht unterzeichnet worden. Das Thema wurde im Spätsommer 1972 zwischen Präsident Kekkonen und den Sowjetführern besprochen. Berichten in verschiedenen schwedischen Zeitungen zufolge waren die Sowjetführer nicht direkt

gegen die Unterzeichnung und Ratifizierung des EWG-Abkommens eingetreten; vielmehr gaben sie dem finnischen Präsidenten die Auswirkungen warnend zu bedenken und wiesen besonders auf die Bedeutung des Ausbaus des finnischen Handels mit der Sowjetunion und den kleineren osteuropäischen Ländern hin.

Für die Exaktheit dieser Berichte bürgte offenbar der Präsident selbst, denn er drohte, sein Mandat nicht erneuern zu lassen wegen des angeblichen «Vertrauensbruches», der mit der Veröffentlichung von Berichten begangen wurde, welche auf einen vertraulichen, vom Präsidenten selbst verfassten Rapport zurückgingen.

Diese Reaktion des Präsidenten sollte jedoch auch im Lichte der Opposition seitens gewisser Gruppen und Parteien in Finnland gesehen werden, welche sich gegen eine Verlängerung des Mandates des Präsidenten ohne eine regelrechte Wahl (die Kekkonen in jedem Fall gewinnen würde) wendet; sie hatte deshalb eher einen innenpolitischen Anstrich und kann nicht aus rein aussenpolitischen Erwägungen erklärt werden. Die Krise wurde später behoben und das Präsidentschaftsmandat bis 1978 erneuert, in welchem Jahr Kekkonen 78 Jahre alt sein wird.

Die grundlegende Bedeutung des finnischen Handels mit den östlichen Ländern (welcher etwa 20 Prozent des finnischen Aussenhandels beträgt) wurde verschiedentlich von Präsident Kekkonen und anderen finnischen Politikern anlässlich von Ansprachen im Laufe der Jahre 1972 und 1973 hervorgehoben. Handelsfragen wurden auch hochgespielt im gemeinsamen finnisch-sowjetischen Communiqué, das auf Präsident Podgornys Besuch im April 1973 erfolgte. Vor dem Besuch paraphierte eine finnische Regierungsdelegation in Moskau ein erstmals erfolgtes Abkommen eines nicht-sozialistischen Landes mit dem COMECON, was ein Mittel darstellt, um die weitere wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit zwischen Finnland und den sozialistischen Ländern zu stimulieren.

Kurz danach gab der finnische Aussenminister Karjalainen bekannt, dass eine befriedigende Lösung in bezug auf die EWG in Kürze erwartet werden könne, wenn auch die Unterzeichnung der Abkommen mit der EWG und dem COMECON (die aufgrund der Verschiedenartigkeit von EWG und COMECON auch ganz unterschiedlicher Natur sind) nicht zum gleichen Zeitpunkt erfolgen würde. Anfangs April ermächtigte der Präsident den finnischen Aussenhandelsminister, das COMECON-, jedoch (noch) nicht das EWG-Abkommen zu unterzeichnen.

Die sehr positive Atmosphäre, welche den 25. Jahrestag des finnisch-sowjetischen Abkommens und den Besuch Präsident Podgornys umgab, zeigt jedoch an, dass der Weg zu einer Unterzeichnung des EWG-Abkommens durch Finnland wahrscheinlich geebnet ist.

Ansätze zu gemeinsamer aussenpolitischer Reaktion

Schliesslich muss noch die Tendenz mindestens zweier und zeitweise auch dreier nordischer Länder (Schwedens, Dänemarks und manchmal Norwegens) erwähnt werden, Erklärungen abzugeben und Ansichten zu äussern, die sich auf die Entwicklung in verschiedenen, oft recht entfernten Teilen der Welt beziehen. Von Dänemark und Norwegen verbal geäusserte Kritik am Militärregime in Griechenland hat bis Ende 1972 mehr als einmal zu peinlichen Szenen in der NATO geführt, und die Kritik an Portugals Kolonialpolitik in Afrika ist ebenso häufig. Schwedens Kritik an der USA-Politik in Vietnam ist bereits erwähnt worden und hat zu einer echten diplomatischen Krise zwischen den USA und Schweden geführt.

Sind die skandinavischen Länder also eine Art Weltgewissen – drücken ihre Erklärungen und Aktionen klar umrissene aussenpolitische Ziele aus, die vor der öffentlichen Äusserung gründlich diskutiert wurden? Wohl kaum. An der Aufrichtigkeit, mit der manche dieser Kritiken geäussert werden, soll nicht gezweifelt werden, jedoch kann die Bemerkung angebracht sein, dass sie auch dem Zweck der Reflektierung und der Neutralisierung – oder dem Neutralisierungsversuch – derjenigen Pressionen dienen, die von linksextremen Gruppen inner- und ausserhalb der grossen skandinavischen sozialdemokratischen Parteien ausgeübt werden.

In Dänemark und Norwegen hat die Kritik an den USA von der Freiheit dieser beiden Länder Zeugnis abgelegt, offen über Angelegenheiten zu sprechen, welche die USA von einigen ihrer Alliierten in Europa trennen. So wurde auch der neutralistische Druck der linken Seite eingedämmt, welche eine «unabhängigere» Aussenpolitik fordert. In Schweden scheinen die kritischen Äusserungen in einem gewissen Mass das Festhalten an der Position des «Non-Alignment» in europäischen Angelegenheiten zu kompensieren und das Gefühl einer weltweiten «missionarischen» Rolle, verkörpert durch einen fortschrittlichen skandinavischen Wohlfahrtsstaat, zu unterstützen, dessen interne Einrichtungen jedoch in keiner Weise linksextremer Kritik entgehen, wie dies die kürzlich erfolgte Debatte über die vorgeschlagene neue schwedische Verfassung veranschaulicht hat.